

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage des Abgeordneten Christopher Emden (AfD)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz namens der Landesregierung

Nimmt die Landesregierung unzulässigerweise Einfluss auf den Landesverband Bürgerinitiative Umweltschutz (LBU)?

Anfrage des Abgeordneten Christopher Emden (AfD), eingegangen am 28.11.2019 - Drs. 18/5297 an die Staatskanzlei übersandt am 06.12.2019

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz namens der Landesregierung vom 09.01.2020

Vorbemerkung des Abgeordneten

Es liegt ein Schreiben des Abgeordneten Adomat vom 28.03.2018 an den Landesverband Bürgerinitiative Umweltschutz vor, in welchem er zu einem Gespräch mit Umweltminister Lies einlädt, da er sowie die „beteiligten Akteure“ in der Politik, zu denen der Verfasser, Herr Adomat, auch den niedersächsischen Umweltminister Lies zählt, die Verzögerung des Baus des Windparks in der Gemeinde Emmerthal dadurch, dass die Bürgerinitiative „Keine Windkraft im Emmerthal“ ihre über den LBU vermittelten Klagerechte als Bürgerinitiative wahrnimmt, als „höchst unbefriedigend“ empfänden.

An dem Treffen, zu dem der Abgeordnete Adomat in jenem Schreiben einlud, sollten neben ihm und Umweltminister Lies auch die Abgeordneten Watermann, Senftleben und Piel teilnehmen. Man wolle in diesem Gespräch, so schließt der Abgeordnete Adomat in seinem Schreiben, zu einer aus seiner Sicht „befriedigenden Lösung“ des Falls kommen.

1. Hat Umweltminister Lies an einem derartigen Gespräch teilgenommen?

Nein.

2. Wenn ja, wann hat dieses Gespräch stattgefunden?

Entfällt, siehe Antwort auf Frage 1.

3. Zu welchen Resultaten ist es in diesem Gespräch gekommen?

Entfällt, siehe Antwort auf Frage 1.

4. Hielte es die Landesregierung für vertretbar, falls sich Minister an Gesprächen beteiligen, in denen auf den LBU eingewirkt wird, die Wahrnehmung von Rechten durch eine im LBU als Mitglied agierende Bürgerinitiative zu beschränken?

Die Landesregierung hielte es grundsätzlich für legitim, wenn eine Ministerin oder ein Minister sich mit Vertreterinnen und Vertretern des LBU darüber austauschten, ob diese in Bezug auf ein Vorhaben ihre Verbandsklagerechte ausüben. Die Art und Weise der Kommunikation dürfte allerdings selbstverständlich nicht darauf gerichtet sein, Rechte eines Mitgliedes des LBU zu beschränken oder auch nur einen solchen Anschein zu erwecken.

- 5. Kommt es häufiger zu Teilnahmen von Vertretern der Landesregierung an Gesprächen, in denen es um die Einwirkung auf Verbände geht, damit diese sich gegen ein in den Augen der Landesregierung als störend empfundenes, jedoch rechtmäßiges Agieren eines Verbandsmitglieds stellen?**

Gespräche mit Verbänden werden von Mitgliedern der Landesregierung nicht mit einer derartigen Zielsetzung geführt.

- 6. Hat die Landesregierung einen oder mehrere Vertreter der Bürgerinitiative „Keine Windkraft im Emmerthal“ zu einem Gespräch eingeladen und sich deren Bedenken angehört bzw. mit deren Bedenken lösungsorientiert befasst?**

Nein.